

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 10. Dezember 1971

Blatt 3543

Mehr Geld für Krankenschwestern, Forcierung der Teilzeitbeschäftigung  
=====

## 2. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Wien, 10.12. (RK) Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform.

Referent: Vizebürgermeister Hans Bock (SPÖ).

Einnahmen 413,665.700 Schilling, Ausgaben 1.274.764.700 Schilling.

Die Verringerung von Dienstposten allein sei noch keine Verwaltungsreform, betonte Vizebürgermeister Bock in seinem Referat zur Geschäftsgruppe I. Sie bedeute zwar eine Einsparung, die aber nur dann verantwortet werden könne, wenn die Verwaltung in der Bewältigung ihrer Aufgaben keine Behinderung erfährt, das heißt, wenn die Leistungsfähigkeit dadurch erhalten bleibt. Die allgemeine Entwicklung und die Schaffung neuer Einrichtungen in verschiedenen Bereichen der Verwaltung, insbesondere im sozialen und medizinischen Sektor, verlange eine ständige Personalvermehrung. Konkret: Gegenüber dem Voranschlag 1971 steigt der Personalstand beim Magistrat im engeren Sinn, also ohne Stadtwerke - um 740 auf 38.070. Diese Steigerung sei vor allem auf einen Mehrbedarf bei den Kindertagesheimen, sowie bei Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, zurückzuführen. Der Mehraufwand gegenüber 1971 beträgt rund 481,3 Millionen Schilling. Das zusätzliche Personal, die zweite Etappe der Arbeitszeitverkürzung und die neue Bezugsregelung ab 1. Juli 1972 begründen die höheren Ausgaben. Der Anteil des Personalaufwandes im Budgetentwurf: 29,8 Prozent.

./.

Bei den Wiener Stadtwerken wird der Personalstand 17.281 betragen. Das bedeutet gegenüber dem Jahre 1971 eine Verminderung von 126 Dienstposten. Diese Verminderung an Dienstposten sei trotz Arbeitszeitverkürzung vor allem durch Rationalisierungsmaßnahmen erzielt worden. Auch bei den Stadtwerken ist nominell eine Steigerung der Personal-ausgaben gegenüber dem Vorjahr von 1.846 Millionen Schilling auf 2.016 Millionen Schilling zu verzeichnen.

Eine sinnvolle und erfolgreiche Verwaltungsreform könne nur durch ständige Überprüfung des Verwaltungsapparates in seinen Funktionen und Anpassung an die modernen Arbeitsmethoden unserer Zeit erreicht werden. Allerdings müßten auch bei der Gesetzgebung Schwerpunkte gesetzt werden, meinte der Referent.

Arbeitszeitverkürzung erfolgt bekanntlich in drei Etappen. Die erste erfolgte am 5. 1. 1970, die zweite Etappe tritt am 3. 1. 1972 in Kraft und die dritte Etappe wird mit 6. 1. 1975 verwirklicht. Seit nunmehr fast zwei Jahren beträgt die wöchentliche Arbeitszeit auf Grund eines Stadtsenatsbeschlusses 43 Stunden. Ab 3. 1. 1972 soll die Arbeitszeit auf 42 Stunden reduziert werden.

Die Amtsstunden werden, sofern nicht aus dienstlichen Gründen andere Regelungen notwendig sind, von Montag bis Donnerstag von 7,30 Uhr bis 16,00 Uhr und am Freitag von 7,30 Uhr bis 15,30 Uhr dauern. Diese Zeiteinteilung wurde im Einvernehmen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten festgelegt und ist der Bundesregelung ähnlich. Gleichzeitig wurde mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten vereinbart, daß die Dienststunden nach der letzten Etappe der Arbeitszeitverkürzung im Jahre 1975 von 7,30 Uhr bis 15,30 Uhr festgesetzt werden.

./.

Die Konsequenzen der verkürzten Arbeitszeit liegen klar auf der Hand. Trotz weiterer Rationalisierungs- und organisatorischer Maßnahmen ist eine Personalvermehrung und Kostenerhöhung durch notwendige Mehrdienstleistungen gegeben.

Im Hinblick auf die weitere Arbeitsverkürzung im Jahre 1975 und unter Berücksichtigung der angespannten Arbeitsmarktsituation wird es notwendig sein, im verstärkten Maße weitere Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen. Die Rationalisierung muß noch mehr in den Vordergrund gestellt werden. Zusätzlich: Forcierung der Teilzeitbeschäftigtenarbeit. Die Stadtverwaltung hat bereits teilzeitbeschäftigte Bedienstete. Vizebürgermeister Döck vertrat die Auffassung, daß durch Teilzeitbeschäftigung vor allem vielen Frauen eine Berufsmöglichkeit geboten werden soll.

In letzter Zeit habe sich das Interesse für eine Teilzeitbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkt verstärkt. Die Stadtverwaltung wolle mit dieser Entwicklung Schritt halten.

Bei der Vereinbarung über die Besoldung der öffentlich Bediensteten ab 1. Jänner 1972 ist unter anderem eine Neuregelung der Besoldung des Krankenpflegepersonals und der Hebammen Realität geworden. Nach dieser Regelung wird den Bediensteten im Krankenpflagedienst eine allgemeine Zulage, die einen Bestandteil des Gehaltes bilden soll, zuerkannt, ferner die Chargenzulagen neu geregelt und eine Nebengebühr für die Intensivschwestern, Operationsschwestern und Anästheseschwestern geschaffen. Das Bemerkenswerte an dieser Vereinbarung: Zum ersten Mal wurden Verhandlungen von den Vertretern des Personalausschusses des Städtebundes, des Spitalerhalterverbandes sowie der Gewerkschaften der Gemeindebediensteten und der öffentlich Bediensteten geführt. Es war daher auch möglich, eine für ganz Österreich gültige Vereinbarung abzuschließen. Trotz dieser Besserstellung der Krankenschwestern werde es wahrscheinlich auch weiterhin einen Schwesternmangel in Wien geben. Auch in anderen Ländern gibt es fast unlösbare Schwierigkeiten bei der Lösung des Personalproblems. Die Ursache ist überall gleich: Die jährliche Zahl der beschäftigten diplomierten Schwestern nimmt zwar zu, leider aber nicht im gleichen Maß, wie der Bedarf steigt.

Zu den Bemühungen, Krankenpflegepersonal aus dem Ausland zu erhalten: Im Frühjahr 1972 kommen ungefähr 30 bis 50 diplomierte Schwestern aus Korea. In der Bundesrepublik Deutschland sind bereits 4.000 Schwestern aus diesem Land tätig. Man habe mit koreanischen Krankenschwestern gute Erfahrungen gemacht.

Vizebürgermeister Bock stellte eine Änderung der Ausbildung von diplomierten Krankenschwestern in Aussicht. Es lägen bereits Verbesserungsvorschläge für eine Novellierung des Krankenpflegegesetzes vor. Die Stadt Wien erwarte gerade durch diese Verbesserung der Ausbildungsbestimmungen eine wesentliche Hilfe für die Zukunft.

Die Einführung der gleitenden Arbeitszeit habe bewiesen, daß auch die Verwaltung elastisch sein könne, stärker als traditionsgebundene Vorstellungen es für möglich hielten. Die gleitende Arbeitszeit habe sich sehr positiv auf das Betriebsklima ausgewirkt und gute Ergebnisse gebracht. Der Bedienstetenkreis, der diese Regelung in Anspruch nehmen kann, soll erweitert werden..

Seit Beginn der Vorschlagsaktion haben sich mehr als 700 Mitarbeiter der Stadtverwaltung zu Wort gemeldet. Mehr als 40 Vorschläge konnten in der relativ kurzen Zeit positiv beurteilt werden. Die Einsender haben bereits ihre Prämie erhalten oder werden sie in Kürze bekommen. Die Prämien für diese Mitarbeiter betragen insgesamt mehr als 100.000 Schilling. Durch die Vorschläge wurden Einsparungen von mehr als einer Million Schilling pro Jahr möglich. Neue Initiativen zum Ausbau der Vorschlagsaktion werden vorbereitet.

Technische Einrichtungen sollen künftig jedem Bürger unserer Stadt die Möglichkeit geben, 24 Stunden am Tag, entweder über Telefon oder persönlich, Wünsche, Anregungen und Beschwerden zu deponieren, kündigte Vizebürgermeister Bock an. Das Bemühen der Stadtverwaltung wird es sein, diese Anfragen rasch und unbürokratisch zu erledigen. Nach Abschluß der technischen Vorarbeiten soll die Öffentlichkeit auf breiter Basis auf diese Möglichkeit zur Kontaktnahme mit der Verwaltung aufmerksam gemacht werden.

Die Lebensformen, die Bedürfnisse, die sozialen und kulturellen Lebensbedingungen einer Gemeinschaft sind andauernd in Fluß und verändern sich. Daher sei es notwendig, auch in der Verwaltung den Beamten in ihrer Ausbildung, noch mehr aber in ihrer Fortbildung, größtes Augenmerk zuzuwenden. Schon im kommenden Jahr soll das Ausbildungssystem für die Beamtenschaft in eine unserer Zeit entsprechende Form gebracht werden. Gleichzeitig sollen Einrichtungen, die der Fortbildung der Beamten dienen, in größtem Ausmaß gefördert werden.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

"Kulturpolitik: Engagement mit schöpferischen Initiativen"  
=====

2. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe III, Kultur, Schulverwaltung und Sport.  
Referent: Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ).  
Einnahmen: 34,216.100 Schilling, Ausgaben 977,581.900  
Schilling.

Der Großteil der Gesamtmittel, nämlich mehr als 700 Millionen Schilling, sei dem Bildungsbereich zugeordnet, erklärte Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner Freitag in ihrer Budgetrede. Davon entfallen 600 Millionen auf die Schulverwaltung. Mit diesen Mitteln werden im kommenden Jahr 325 neue Klassen errichtet werden.

Frau Fröhlich-Sandner betonte dabei besonders die Bemühungen um Chancengleichheit schon in der früheren Kindheit. Der Verwirklichung dienen alle Maßnahmen der vorschulischen Erziehung. Aus den vielen Schulversuchen sind die 140 Förderungskurse in deutschem Sprachunterricht zu erwähnen, die für die rund 2.000 Kinder von Gastarbeitern eingerichtet worden sind.

Frau Fröhlich-Sandner betonte aber auch besonders die Bedeutung der Erwachsenenbildung in der Zeit des raschen Veraltens erworbenen Schulwissens: Für die Wiener Volkshochschulen sieht der Voranschlag 8 Millionen Schilling vor, für die Errichtung von Häusern der Begegnung (zusammen mit dem Voranschlag Hochbau) insgesamt 29 Millionen Schilling.

Der Sport ist im Voranschlag 1972 mit 105 Millionen Schilling vertreten, das bedeutet einen Zuwachs von 27 Prozent. Der Großteil, nämlich 62 Millionen, entfällt auf Sportbauten. In diesem Zusammenhang erwähnte die Referentin das Hallenkonzept, das innerhalb der nächsten Jahre die Errichtung von 11 Hallen - zum Teil in Verbindung mit Schulbauten - vorsieht.

Als Grundlage der Kunstförderung bezeichnete Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner eine möglichst umfassende dauernde Auftragserteilung und Ankaufstätigkeit, die Förderung privater Galerien und entsprechende Förderungsmaßnahmen für Literatur, Musik, darstellende Kunst und Film. Dafür stehen im kommenden Jahr rund 150 Millionen Schilling zur Verfügung.

Den großen Wiener Privatbühnen werden 1972 45,6 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden, den Mittel- und Kleinbühnen 1,75 Millionen. Auch die Subvention für die Wiener Festwochen wird erhöht.

Das bevorstehende Gesetz über den Kulturschilling werde, erklärte Frau Fröhlich-Sandner, Mittel bringen, die als gezielte Hilfe auf dem Gebiet der Altstadterhaltung eingesetzt werden könnten. Gleichzeitig werde nach Abschluß der Bestandaufnahme aller wertvollen und erhaltungswürdigen Objekte in Wien eine Novelle der Bauordnung mit den entsprechenden Schutzbestimmungen vorbereitet; denn neben den durch Zeiterfordernisse gestellten Aufgaben dürfe die Erhaltung der einmaligen historischen Atmosphäre Wiens nicht vergessen werden.

Als Einzelschwerpunkte der direkten Kulturarbeit nannte Frau Fröhlich-Sandner unter anderem die Tätigkeit des Landesjugendreferates und des Wiener Jugendkreises (Dotierung 1972: 9,1 Millionen). Fünf Jugendzentren sind in Betrieb, weitere sieben im Bau.

Die Modeschule der Stadt Wien in Schloß Hetzendorf (Dotierung 1972: 6,2 Millionen Schilling) hat in ihrem Jubiläumsjahr Anerkennung und Erfolge weit über Österreich hinaus eingeheimst.

Mit nicht weniger als 65 Millionen Schilling präsentiert sich der Aufwand für Musikangelegenheiten: Dazu zählt die Obsorge für die Wiener Symphoniker ebenso wie das Konservatorium der Stadt Wien. Dazu gehört aber auch die massive Unterstützung der bedeutenden Konzertgesellschaften und -vereinigungen in Wien, das gesamte musikalische Sommerprogramm, rege Konzerttätigkeit für die Wiener Schuljugend und schließlich die Förderung hervorragender Werke der Musikwissenschaft.

Auf dem Gebiet des Films würdigte Frau Fröhlich-Sandner den Umstand, daß sich die Wiener Filmfestwochen, die "Viennale", ohne jeden Rummel bereits einen festen Platz im internationalen Filmgeschehen sichern konnten. Die Filmförderung der Stadt Wien

berücksichtigt drei Schichten des filmischen Entstehungsprozesses: Auftragsproduktionen, Kurz- und Experimentalfilme, schließlich die Förderung von Filmveranstaltungen mit künstlerisch hochwertigem Programm.

Abschließend erklärte Frau Fröhlich-Sandner, der weltweite Ruf nach mehr Bildung erhalte immer stärker. Deshalb habe auch die alte Forderung der österreichischen Arbeiterbewegung, "Wissen macht frei", in der heutigen Zeit nichts von ihrer Aktualität verloren.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -



Verbesserter Hochwasserschutz:Arbeiten für Entlastungsgerinne vergeben  
=====

Wien, 10.12. (RK) Der Tiefbauausschuß des Wiener Gemeinderates hat am Freitag über Auftrag von Stadtrat Kurt Heller mehrheitlich die Vergabe des ersten Bauloses für das Entlastungsgerinne vergeben und die Gesamtkosten von 800 Millionen Schilling genehmigt. Dieses erste BauLOS umfaßt neun Kilometer des künftigen zweiten Donaubettes zwischen dem Gebiet des neuen Kraftwerkes Donaustadt und dem Lobauer Hafen. Die Bauarbeiten werden so vorgenommen, daß während ihrer gesamten Dauer - sieben bis acht Jahre - selbstverständlich der Hochwasserschutz im bisherigen Ausmaß nicht nur gewährleistet, sondern schon etappenweise verbessert wird. Das Ziel des Projektes ist es bekanntlich, Wien auch vor den Folgen eines sogenannten tausendjährigen Hochwassers zu schützen, das heißt, daß eine Wassermenge von 14.000 Kubikmeter pro Sekunde abgeführt werden kann.

In der Höhe des Kraftwerkes Donaustadt wird zunächst ein sogenanntes Abbruchbauwerk in einer Breite von 170 Meter - für das Entlastungsgerinne wird das Überschwemmungsgebiet 7,5 Meter tief abgetragen werden, während gleichzeitig die neue, etwa 20 Kilometer lange Donauinsel in einer Höhe von 5,5 Meter aufgeschüttet wird - und zudem ein eigene Damm errichtet, damit die Arbeiten geschützt sind. Das zweite Donaubett wird von diesem Abbruchbauwerk stromabwärts errichtet.

In der Debatte des Tiefbauausschusses **wies** Gemeinderat Neusser namens der ÖVP darauf hin, daß seine Fraktion entsprechend ihrer seinerzeitigen Haltung beim Grundsatzbeschluß des Gemeinderates über das Projekt des verbesserten Hochwasserschutzes von Wien auch nicht für den Antrag in diesem Ausschuß stimmen könne.

- - -

Fortsetzung des SitzungsberichtesPersonaldebatte

GR. Joachim Müller (DFP) erhebt die Frage, wer die Aufwandsentschädigungen von rund zehn Millionen erhält und für welchen Zweck. Als zu groß bezeichnet er die Diskrepanz in der Höhe der Pensionen. Mit gutem Beispiel müßte die Stadtverwaltung beim Einsatz von Kraftfahrzeugen für Dienstfahrten vorangehen. Die Vermehrung der Dienstfahrten führt vielfach auch zu einer Überlastung der Lenker und dadurch zu Unfällen. In diesem Zusammenhang urgiert der Redner eine Gesetzesvorlage über den Verzicht der Schadenersatzforderung der Stadt Wien gegenüber ihren Organen. Als Interimslösung bis zur Beschlußfassung sollten persönliche Haftpflichtversicherungen abgeschlossen werden.

Zur Gehaltspolitik: Die Unterschiede zwischen Grundgehalt und Zulagen wurden von seiner Fraktion wiederholt aufgezeigt und müßten endlich beseitigt werden. Das System der Zulagen sei problematisch und müßte durch leistungsgerechte Gehälter, eventuell in der Art von Sonderverträgen ersetzt werden.

Zur Lösung des Schwesternproblems könnte der Einsatz von Kurzzeit-Hilfskräften beitragen.

Die Ansätze für Fortbildung, erstmals im Budget aufscheinend, begrüßt der Redner. Jene drei Millionen Schilling, die in den Ansätzen für Personalwerbung aufscheinen, beantragt der Redner zu streichen und die ersparten Mittel einer wirtschaftlicheren Verwendung zuzuführen. Gebührenerhöhungen bedingen nämlich als Voraussetzung eine sparsame Verwaltung. Da sich diese nicht erkennen läßt, stimme seine Fraktion den Ansätzen nicht zu.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisierte zunächst die gekürzten Budgetmittel für die von der Stadt Wien durchgeführte Vorschlagsaktion: Der Erfolg dieser Aktion sei in Frage gestellt. Als unbegreifliche Mehrausgaben und als Diskrepanz bezeichnete der Redner die Erhöhung der Ausgaben für die Funktionäre der Stadt Wien um sechs Prozent, während sich deren Pensionen um 33 Prozent erhöhen. In dieser Hinsicht forderte er mehr Transparenz und stellte namens seiner Fraktion den Antrag, daß die Gehaltsansätze der Funktionäre der Stadt Wien künftighin in die allgemeine Besoldungsliste aufgenommen werden sollten.

Am 1. Jänner 1972 tritt eine neue Bezugsregelung für die Besoldung des Krankenpflegepersonal in Kraft, womit das von seiner Fraktion schon sehr lange geforderte Sozialschema zumindest zum Teil erfüllt werde. In diesem Zusammenhang deponierte Dr. Hirnschall erneut die Forderung, daß Diplomierete (also qualifiziertes Personal) nicht - wie es leider so oft geschehe - zu verschiedenen Hilfsdiensten herangezogen werden dürfte. Ebenso reklamierte er den Entwurf eines entsprechenden Zwischendienstzeitengesetzes für eine gerechtere Gesetzesregelung des Ruhebezuges für Gemeindebedienstete.

Als Provisorium bezeichnete er den Umstand, daß es in Wien noch immer keine gesetzlich geregelte Personalvertretung gebe.

Abschließend stellte er namens seiner Fraktion den Antrag, daß freiwerdende Dienstposten der Stadt Wien künftig unter Bekanntgabe der Bedingungen rechtzeitig im offiziellen Amtsblatt der Stadt Wien bekanntgemacht werden sollten. In Anbetracht der derzeit herrschenden Personalpolitik der Stadtverwaltung könne seine Fraktion jedoch den vorliegenden Budgetentwurf ihre Zustimmung nicht erteilen.

Einen Katalog von Maßnahmen zur Besserstellung der Bediensteten der Stadt Wien legte Gemeinderat Köchler (ÖVP) in seinem Debattenbeitrag vor. Darunter: Verzicht auf Kündigung für Vertragsbedienstete - in Klagenfurt bereits Realität -, Forcierung der Teilzeitbeschäftigung vor allem zur Verminderung von Problemen der berufstätigen Mütter, darüber hinaus ähnlich der in Behandlung stehenden Regelung beim Bund ein Rechtsanspruch auf Teilzeitbeschäftigung bis zur Vollendung des fünfzehnten Lebensjahres des Kindes, Schaffung von besseren Möglichkeiten zur Weiterbildung von Bediensteten: Bildungszulagen für Kindergärtnerinnen und Volksbibliothekaren, Anrechnung einer Lektoratszeit im Ausmaß von fünf Wochenstunden, Erhöhung des Treuegeldes für städtische Bedienstete, Haftpflichtversicherung für Dienstnehmer, finanzielle Besserstellung der Fahrer bei den Verkehrsbetrieben, modernere Dienstkleidung für das Personal der Verkehrsbetriebe und mehr.

Wie sein Vorredner Dr. Hirnschall forderte auch Gemeinderat Köchler eine öffentliche Ausschreibung der Dienstposten. Er legte

zwei Anträge vor. In dem einen wird der Stadtrat ersucht, analog den Initiativen anderer Bundesländer einen Personalvertretungserlaß auszuarbeiten, in dem zweiten Antrag wird zum Schutz vor "Computerkriminalität" ein Wiener Datenschutzgesetz gefordert. Köchl nannte zahlreiche ausländische Beispiele für Bemühungen, der Allmacht der Computer Herr zu werden.

GR. Wiesinger (SPÖ) verweist auf die Tätigkeit der im März dieses Jahres geschaffenen Arbeitsgemeinschaft, die sich mit der Neuregelung des Disziplinarrechts beschäftigt. Die Kommission besteht aus 13 Mitgliedern, unter ihnen sind acht Juristen. Man ist in den bisher abgehaltenen elf Sitzungen einen großen Schritt in der Demokratisierung unserer Verwaltung weitergekommen. Schließlich soll der Beamte **bei** disziplinären Bestrafung nicht schlechter behandelt werden, als der Bedienstete der Privatwirtschaft.

Am Beginn der Verhandlungen standen drei wichtige Probleme, nämlich die Klärung des Begriffes Standesansehen, die Frage der Bereinigung der sogenannten Doppelbestrafung für Beamte, die außerhalb ihres Dienstes schon von einem Gericht bestraft wurden, und schließlich sollte überprüft werden, ob das bisherige Disziplinarverfahren nicht verbessert werden könnte. In den ersten beiden Punkten wurde bereits eine entsprechende Neuformulierung geschaffen. Bisher war es doch so, daß Bedienstete nach einem Verkehrsunfall mit Personenschaden vom Gericht abgestraft wurden und dann von einer Disziplinarkommission neuerdings eine Strafe erhielten. Die Neuformulierung erfolgte in der Richtung, daß der Senat bei der Bemessung der Strafe darauf Rücksicht nimmt, ob der Beschuldigte wegen dieser Tat schon von einem inländischen Gericht bestraft wurde. Ein völliges Vermeiden einer Doppelbestrafung wird sich allerdings nicht in allen Fällen vermeiden lassen.

Bezüglich Verbesserung des Disziplinarverfahrens wird im Frühjahr ein Entwurf vorgelegt werden können. Die Zahl der Disziplinarfälle ist nicht groß. So gab es 1969 insgesamt 65 Fälle, 1970 waren es 46 und 1971 sind nur 38 Fälle angefallen. Die Änderung der Disziplinarbestimmungen ist also nicht wegen der großen Zahl von Disziplinarfällen notwendig, sondern sie soll das Disziplinarrecht nur weiter reformieren und demokratisieren.

GR. Lehner (ÖVP) beschäftigte sich in seinem Debattenbeitrag mit verschiedenen Problemen des Krankenpflegepersonals. Bezugnehmend auf die mit 1. Jänner 1972 in Kraft tretenden Vereinbarungen für die Bediensteten im Krankenpflegedienst meinte er, daß diese neue Regelung überaus erfreulich sei. Es sei viel erreicht worden, doch, müßte noch manches überdacht werden.

Bezüglich der Werbung: sie hätte bereits früher und konzentrierter eingesetzt werden müssen und sollte auch in Zukunft in gezielter Form betrieben werden. In diesem Zusammenhang schnitt der Redner verschiedene Probleme des Krankenhauspersonals an, wobei er die Forderung nach der Errichtung eigener Wohnheime für verheiratete Krankenschwestern sowie Kindergärten stellte. Zur Erhöhung der Attraktivität des Krankenpflegedienstes wäre darüber hinaus auch die Schaffung eines eigenen Gehaltschemas sowie die Zuerkennung der Reife (Matura - Gehaltsgruppe B) im Rahmen des neuen, modernen Ausbildungsweges für Diplomschwestern vorzusehen. Weiter führte der Debattenredner Klage darüber, daß durch die jahrelange Versäumnisse des Personalreferates derzeit ein Manko von 350 Diplomschwestern bestehe. In diesem Zusammenhang reklamierte er auch verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten für Lehrschwestern und geriatrische Krankenpfleger. Ebenso wäre die Einführung einer eigenen Haftpflichtversicherung für das Krankenhauspersonal, Verbesserungen der Ruhensbestimmungen und der Urlaubsansprüche sowie die Erhöhung der diversen Zulagen und Zahlungen notwendig.

Als zentrales Thema behandelte GR. Gratzl (SPÖ) in seinem Debattenbeitrag das Gastarbeiterproblem. Er stelle deswegen die Situation und die Probleme der ausländischen Gastarbeiter in Wien und in Österreich in den Mittelpunkt, um die Abwehrstellung, die

in gewissen Kreisen der Bevölkerung vorhanden ist, zu entschärfen.

Er habe den Eindruck, meinte Gratzl, daß sehr häufig von verschiedener Seite das Gastarbeiterproblem so dargestellt würde, als würde es nur in Wien existieren. Um mit dieser Vorstellung aufzuräumen, schlüsselte er die in Österreich arbeitenden ausländischen Gastarbeiter nach Bundesländer auf. In ganz Österreich seien nach der letzten Zählung 171.000 Gastarbeiter tätig, davon in Wien 61.000. Das kleine Bundesland Vorarlberg beschäftige immerhin 20.000 Gastarbeiter, im Verhältnis zu Wien prozentmäßig wesentlich mehr.

Es seien in der nächsten Zeit starke Initiativen der Stadtverwaltung notwendig, um die Probleme in Wien zu verhindern. Klubs, Sprachkurse und andere Hilfestellungen müßten in Zukunft für uns Verpflichtung sein, meinte der Redner. Der Redner zitierte einen Leserbrief aus einer österreichischen Zeitung. Der Briefschreiber habe sinngemäß gefordert, die Wüstensöhne - gemeint waren die Tunesier - mögen dort bleiben, wo sie zur Zeit noch sind, nämlich in der Wüste. Gratzl appellierte an das Verständnis und die Menschlichkeit der Bevölkerung, um die Diskriminierung der für Wiens Wirtschaft wichtigen Arbeitskräfte abzubauen.

Die Debatte hat gezeigt, daß man in manchen Fragen mit sachlicher Begründungen verschiedene Auffassungen vertreten kann, stellte Vizebürgermeister Bock im Schlußwort fest. Es wurden für und gegen Sonderverträge, für und gegen Zulagen, für und gegen die Werbung Gründe angeführt. Die Stadtverwaltung versucht, unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte den Gegebenheiten Rechnung zu tragen.

Aufwandsentschädigungen: Etwa 43 Prozent sind für die Netzkarten der Gemeinderäte und Bezirksräte, etwa 34 Prozent sind Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Stadtsenats, je zehn Prozent für Kommissionengebühren und für Reisespesen, der Rest für Telefonpauschale, Goldene Hochzeiten, Taxispesen usw.

Personalwerbung: Ihre Streichung wäre ein tödlicher Stoß für die Personalpolitik der Stadt. Diejenigen, die jetzt die Unterlassung der Personalwerbung verlangen, wären dann die ersten, die der Stadtverwaltung ein Versagen vorwerfen würden.

Haftpflichtversicherung für Bedienstete: Ein Gesetzentwurf war fertig, mußte jedoch aufgrund einiger Einwände des Bundeskanzleramtes umgearbeitet werden. Der neue Entwurf wird voraussichtlich der nächsten Landtagssitzung vorgelegt werden.

Kürzung der Mittel für die Vorschlagsaktion: Für 1971 war mehr Geld angesetzt, weil es am Beginn einer solchen Aktion immer einen größeren Andrang gibt. Selbstverständlich werden die Mittel für Prämienauszahlungen immer voll zur Verfügung stehen.

Geringere Geldabfuhr der Funktionäre: Bisher wurden auch Gehälter, die Stadträte als Gemeindebedienstete bekommen hätten, unter den Geldabfuhrungen der Funktionäre angeführt. Das geschieht jetzt nicht mehr, diese Gehälter werden stillgelegt.

Höhere Pensionsleistungen an Funktionäre: Erstmals seit 1945 bekommt ein ehemaliger Bürgermeister eine Pension, außerdem sind einige Stadtsenatsmitglieder mit Pensionsberechtigung ausgeschieden.

Ausschreibung von Dienstposten: Auf Bundesebene ist ein entsprechender Gesetzentwurf in Ausarbeitung, den die Stadt Wien abwartet, um dann dieses Gesetz zu übernehmen oder ein eigenes auszuarbeiten.

Kündigungsschutz für Vertragsbedienstete: In Wien besteht ebenso wie in Klagenfurt die Bestimmung, daß Vertragsbedienstete nach 15 Dienstjahren, wenn sie das 50. Lebensjahr überschritten haben, diesen Kündigungsschutz besitzen.

Teilzeitbeschäftigung: Die Stadt Wien hat 2.195 teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen. In Österreich gibt es relativ etwas weniger teilzeitbeschäftigte Frauen als in anderen Ländern, aber das hängt damit zusammen, daß die Zahl der berufstätigen Frauen in Österreich besonders hoch ist.

Datenschutzgesetz: Die Magistratsdirektion befaßt sich damit. Es ist allerdings noch viel Zeit. Die Maschinen werden in zwei Jahren aufgestellt werden und dann wird es Jahre bis zum Aufbau der Datenbank dauern. Inzwischen finden Koordinationsgespräche mit dem Bund und anderen Körperschaften statt und es wird vielleicht zu einer gesamtösterreichischen Lösung kommen.

Personalvertretung: Die Stadtverwaltung will nicht bestimmen, wer ihr als Verhandlungspartner gegenübertritt. Das ist Sache des Personals, seiner Gewerkschaft und seiner Vertretung.

Krankenschwestern: Das ist nicht nur ein österreichisches Problem. Wien rückt ihm von allen Seiten zu Leibe - mit der Gehaltsverbesserung, mit der Änderung des Krankenpflegegesetzes und mit den anerkannten Leistungen auf dem Wohnungssektor.

Gastarbeiter: Die koreanischen Krankenschwestern werden in Korea in deutschen Spitälern ausgebildet und müssen einen Sprachkurs absolvieren. Die als "Wüstensöhne" beschimpften Tunesier beherrschen immerhin zwei Sprachen. Sie sind überwiegend Facharbeiter, die auch als Facharbeiter in den Werkstätten eingesetzt werden sollen. Würde die Stadt Wien nicht 2.500 Gastarbeiter beschäftigen, dann könnten viele Arbeiten nicht mehr bewältigt werden, etwa auf den Gebieten Spitalsreinigung, Spitalsküchen, Straßenreinigung, Friedhöfe, Gärtnerei usw.

Die Wiener Verwaltung, stellte VBgm Bock abschließend fest, ist stets um moderne Methoden bemüht und scheut auch vor Experimenten nicht zurück. Natürlich gibt es in einer so großen Verwaltung mit 55.000 Bediensteten manchmal Schwierigkeiten. Aber stets überwiegt das Bemühen um eine menschliche und gerechte Verwaltung. Dabei soll man nicht vergessen, daß nur ein verschwindender Prozentsatz der Bediensteten hinter Schreibtischen mit Akten beschäftigt ist. Wiens Stadtverwaltung ist international als eine der besten und sparsamsten anerkannt.

Abstimmung: Die Ansätze der Geschäftsgruppe Personalangelegenheiten von SPÖ und ÖVP gebilligt. Der DFP-Antrag auf Streichung der Mittel für Personalwerbung von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Alle anderen Anträge einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -



(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

### Kulturdebatte

GR. Müller (DFP) begrüßte zunächst die Forcierung des Schulbaues in Wien. Bezüglich des Sportstättenkonzeptes forderte er den Bau von weiteren Bezirkssportanlagen und meinte, daß die Aktion "Sportplatz der offenen Tür" im Interesse einer gesunden Jugend weiter ausgedehnt werden sollte. Weiter forderte er den "Nulltarif" auch für die städtischen Museen sowie die kostenlos Entlehnung in den städtischen Büchereien. Er kritisierte die Kunstförderung der Stadt Wien, die er als stark "protektionistisch" bezeichnete. Was die Volksheime, Volkshochschulen und Häuser der Begegnung betrifft, so würden sie nach wie vor im zunehmenden Maß für parteipolitische Zwecke herangezogen werden. Abschließend kritisierte er, daß in Bezug auf das Altstadterhaltungsgesetz noch immer nichts geschehen sei. Anstelle dieser wirklich notwendigen gesetzlichen Maßnahme werde nunmehr der "Kulturschilling" eingeführt. Er reklamierte hingegen die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für einen wirksamen Umweltschutz.

Die DFP werde den Budgetansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

Zum ersten Mal sei seit vielen Jahren der Rückgang des städtischen Kulturbudgets zumindest gestoppt worden, erklärte als nächster Debattenredner GR. Dr. Wolfram (FPÖ). Der Anteil am Gesamtbudget mache für das kommende Jahr 4,8 Prozent aus und sei damit um 0,1 Prozent höher als für 1971. Trotzdem hänge Wien damit noch immer weit hinter anderen Städten Österreichs und Europas zurück. So wende Linz (ohne Sport) 19,3, Salzburg 17,4, München 16,4 und Graz 12,8 Prozent ihrer Budgets für Kultur und Schule auf.

Sehr enttäuscht sei er über die gestrigen Ausführungen des Finanzreferenten Otto Schweda gewesen, fuhr Wolfram fort. In dessen Ausführungen sei so recht eine selbstgefällige Groislergesinnung zu verspüren gewesen, Denn woher nähme Schweda das Wissen, zur Behauptung, Wien wende ohnehin genug für die Kultur auf? Man habe vielmehr den Eindruck, die Budgetmittel würden an die einzelnen Ressorts nach einem Art Ranglersystem - der Stärkere bekomme eben mehr - verteilt.

Heftig kritisierte der Freiheitliche das Fehlen jedes Hinweises in der Budgetrede von Frau Fröhlich-Sandner auf das Altstadterhaltungsgesetz. Dessen Schicksal wachse sich schon zu einem handfesten Skandal aus, werde es doch schon seit dem Jahr 1967 versprochen. Inzwischen würden immer mehr Demolierer und Spekulanten den wertvollen Althausbestand Wiens dezimieren. Dr. Wolfram stellte in diesem Zusammenhang einen Antrag: Die Mittel für Stadt- und Ortsbildpflege sollten von 1,3 auf fünf Millionen und jene zur Erhaltung von Baudenkmälern von fünf auf zehn Millionen Schilling aufgestockt werden.

Der Redner lobt sodann ohne jede Einschränkung die große Kokoschka-Ausstellung, die heuer im Belvedere zu sehen gewesen sei, bedauerte es aber gleichzeitig, daß es in Wien keine eigenen Räumlichkeiten für derartige große Ausstellungen gebe.

Der Schulneubau hänge weiterhin nach, und was die Kinder von Gastarbeitern schließlich anlange, so stellten sie wegen ihrer mangelnden Deutschkenntnisse für die Lehrerschaft, aber auch für die Wiener Kinder ein echtes Problem dar. Man solle doch nicht versuchen, diese Kinder seßhaft zu machen, weil eine Umfrage ergeben habe, daß 85 Prozent der aus Jugoslawien und 92 Prozent der aus der Türkei stammenden Gastarbeiter in ihre Heimat zurückkehren möchten.

Besonders katastrophal sei es um den Naturschutz in Wien bestellt, obwohl es ein recht gutes Gesetz aus dem Jahr 1954 gebe. Aber derzeit gebe es in Wien nicht einmal ein Teilnaturschutzgebiet, da unverständlichweise nicht einmal die Untere Lobau oder der Lainzer Tiergarten zu einem solchen erklärt worden seien. Wolfram stellt in diesem Zusammenhang einen weiteren Antrag und verlangt eine Erhöhung der für den Naturschutz vorgesehenen Gelder von 400.000 auf eine Million Schilling.

Die Freiheitlichen könnten diesem unzureichenden Kulturbudget nicht die Zustimmung geben.

Prof. Zörner (ÖVP) versuchte in seiner Rede die Öffentlichkeit mit der - wie er es nannte - "rauhem Schulwirklichkeit" der Gegenwart zu konfrontieren. Seiner Meinung nach stehe die relativ hohe Zahl von Wiener Schülern an Privatschulen in keinem Verhältnis zur unzureichenden Förderung durch die öffentliche Hand. Sein Vorwurf richtet sich primär an die Adresse der sozialistischen Bundesregierung. Es sei unverständlich, daß die günstige Regelung für Privatschulen, die bereits im Frühjahr ins Parlament hätte kommen sollen, wieder zurückgezogen wurde. Er, Zörner, habe gehört, daß die Wiener sozialistische Parteilfraktion durch massive Kritik diese Regelung verhindert habe. Er richtete an die Adresse der Wiener SPÖ den Appell, doch auch für Chancengleichheit an privaten Schulen zu sorgen.

Er kritisierte außerdem, daß es seit Bestehen der SPÖ-Regierung zum ersten Mal große Unzulänglichkeiten bei der Erledigung finanzieller Ansprüche der Lehrer gäbe. Auszahlung für Schulkurse würden in jüngster Zeit erst sechs bis neun Monate später erfolgen. Man könne von den Lehrern nicht erwarten, daß sie das Geld aus der eigenen Tasche vorstrecken. Prof. Zörner brachte daher einen Antrag ein, der einen Vorschuß für die Lehrer in der Höhe von 90 Prozent der zu erwartenden Ausgaben verlangt.

Nach einer weiteren Kritik an Zuständen verschiedener Schulen in Wien, die jedoch zum überwiegenden Teil in Bundeskompetenz fallen, kritischen Anmerkungen zu den Schulversuchen, bei denen seiner Meinung nach die wissenschaftliche Kontrolle mangelhaft sei, forderte er Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner auf, zur Bereinigung der Probleme und Konflikte intensiven Kontakt mit dem Unterrichtsminister zu halten.

GR. Hermine Fiala (SPÖ) definierte die kulturellen Ziele einer Großstadt als das Bestreben, sämtliche positiven Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung jedem einzelnen Bürger zugänglich zu machen. Dabei spiele die Chancengleichheit eine große Rolle, und

zwar schon vor und bei Beginn der schulischen Erziehung: die durch Milieuvorschiedenheiten im Elternhaus entstandenen Nachteile bei manchen Kindern müßten durch die Gesellschaft ausgeglichen werden.

Dasselbe gelte für die Jugendzentren: hier biete sich reiche Möglichkeit zur außerschulischen Betätigung in Bildungs- und Freizeitbereichen, ganz zu schweigen von den staatsbürgerlichen Wert dieser Einrichtungen, in denen der junge Mensch seine Funktion innerhalb der Gruppe verstehen und ausüben lernt, also die Verwirklichung des Grundsatzes "Freiheit in Verantwortung".

Besondere Anerkennung zollte die Rednerin der Modeschule Hetzendorf und dem Konservatorium der Stadt Wien: diese beiden Einrichtungen seien nicht nur wirkungsvolle Bildungsträger für die Wiener Jugend, sondern fungieren als Werbeträger Wiens sehr intensiv im Ausland.

Bekanntlich wirken beide Institutionen vielfach an Präsentationen der Bundeshauptstadt in anderen Ländern mit. Darüber hinaus genießen speziell die Austauschkonzerte des Wiener Konservatoriums guten Ruf - das zeigen nicht zuletzt die Rezensionen in ausländischen Zeitungen. Die Modeschule Hetzendorf ihrerseits ist bei internationalen Modewettbewerben als Preisjäger gefürchtet.

Für die Belange des Naturschutzes reklamierte die Rednerin die Mitarbeit der Bevölkerung, da dieser Komplex von Problemen nicht vom Schreibtisch her zu lösen sei.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) erklärt, sich nur mit den wichtigsten Problemen dieser umfangreichen Geschäftsgruppe beschäftigen zu wollen. Vergleiche mit anderen österreichischen Städten könnten seiner Ansicht nach nicht gezogen werden, da die Art der Veranschlagung überall eine andere sei. Die Ansätze für den Körpersport seien gestiegen, doch ist zu hoffen, daß nicht wie im vergangenen Jahr 85 Prozent der Mittel allein für die Stadthallen - Stadion-Betriebsgesellschaft bestimmt sind. Die Sportorganisationen müßten überall dort gefördert werden, wo sie der Förderung bedürfen

Das gelte auch für die sehr begrüßenswerte Aktion der "Fahrt zum Schnee", wo man ASKÖ und UNION die gleichen Bedingungen bieten müßte. Mehr Förderung müßte dem Breitensport zukommen. Man müßte eine Möglichkeit finden, die Turnsäle auch zum Wochenende der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Die Unterstützung des Kinder- und Jugendeislaufens sollte auf allen Kunsteisbahnen erfolgen. Der Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag. Eine Förderung des Spitzensportes wäre durch folgende Aktionen möglich: Bezahlung eines qualifizierten hauptamtlichen Trainers, Unterstützung von Lehrgängen, Anschaffung moderner Trainingsgeräte und Übernahme der Reisekosten bei internationalen Wettkämpfen. Außerdem sollten die Sportvereine nach einem Prämiensystem gefördert werden, dessen Grundlage die Placierung bei nationalen und internationalen Meisterschaften sein müßte.

Ob die Platzwahl für die Errichtung der Landessportschule im Bereich des West-Stadions gut ist, müßte nochmals eingehend überlegt werden. Vielleicht könnte die Schule in Kooperation mit Niederösterreich und dem Burgenland, auch außerhalb Wiens, errichtet werden.

Der Redner regt eine Überdachung des Stadions an. Vielleicht wäre das eine Möglichkeit, um es attraktiver zu machen. Das Sportinteresse hat sich verlagert, was die große Anziehungskraft des Reit- und Springturniers und der Eishockeyspiele in der Donauparkhalle zeigt.

Ein zweiter Antrag des Redners geht dahin, im Floridsdorfer Bad ein eigenes kleines Sprungbecken mit Sprunganlage zu errichten.

Dringend urgiert der Redner das versprochene Landessportgesetz. Als besonders bedauerlich bezeichnet er es, daß der Bundesbeitrag für die Wiener Festwochen gekürzt wurde. Man sollte vielleicht auch darüber nachdenken, wie man den Festwochen eine neue Note geben könnte.

Bei den Museen müßte man die Öffnungszeiten ausländischen Verhältnissen anpassen. Die geplante Landesjugendherberge müßte so errichtet werden, daß sie internationalen Ansprüchen gerecht wird.

Der Verlag für Jugend und Volk habe in den 50 Jahren seines Bestandes sehr bedeutende Akzente auf dem Sektor des Buchwesens gesetzt.

GR. Gawlik (SPÖ) wandte sich entschieden gegen eine Schiller-Zitierung von GR. Prof. Wolfram, die unvollständig gewesen sei. Die Regiebemerkung über das Auseinandertreiben des Reichstages durch Lanzenträger fehlte. Wir waren Zeitgenossen, als Reichstage mit Gewalt auseinandergetrieben wurden. Solche Dinge soll man vorsichtig zitieren, sonst gerät man in den Verdacht faschistoider Gesinnung.

In unserer Welt gelingt es nicht, die Menschen von der Armut zu befreien, ihnen die Freiheit und den Frieden zu bringen. Woran soll sich die Jugend, die eine solche Welt vorfindet, orientieren? Die Zeit könnte reif dafür werden, daß wieder ein Scharlatan die Weichen falsch stellt und die Demokratie zerstört. Die äußeren Lebensverhältnisse werden besser, aber Anlagen der Menschen verkümmern, geistige Substanz geht verloren. Die Gemeinschaft muß dem entgegenwirken, sie muß die Jugend zu kritischem Denken und verantwortungsbewußten Handeln formen.

Die Bemühungen der Stadtverwaltung sind ein großer Beitrag dazu. Noch nie wurde so viel für die Schulen geleistet. Es gibt zwar Kritik an angeblich mangelhafter Schulbauplanung, aber dem Gemeinderat liegt ein Überblick über die Schätzungen der Schülerzahlen und des Schulklassenbedarfs und die Vergleichsziffern des Effektivstandes vor, die nur wenig voneinander abweichen. Das beweist, wie gewissenhaft und gründlich geplant wird. Dabei wird auch berücksichtigt, daß in neuen Wohngebieten, wo vor allem junge Familien einziehen, vorerst ein großer Schulraumbedarf besteht, der nach einiger Zeit stark nachläßt. Damit dann nicht die Schulgebäude leerstehen, wurde erstens ein Schul-Wohn-Typ entwickelt, das ist ein Schulbau, der verhältnismäßig leicht in ein Wohnhaus umgewandelt werden kann, und werden zweitens mobile Klassenzimmer eingesetzt.

GR. Gawlik kritisierte das veraltete Berufsausbildungssystem, das den Bedürfnissen des Industriezeitalters nicht mehr entspricht. Die Lehrlinge haben einen Anspruch darauf, methodisch und zeitnah ausgebildet zu werden, deshalb muß man das Ausbildungssystem von Grund auf neu durchdenken. Die Berufsschulen haben die

wichtige Aufgabe, den jungen Menschen zu formen und dabei auch die Versäumnisse mancher Lehrbetriebe zu kompensieren. Es ist deshalb besonders erfreulich, daß für die Berufsschulen heuer um 23 Prozent mehr Mittel als voriges Jahr bewilligt werden. Nur ein äußerst leistungsfähiges Bildungssystem gewährleistet das Funktionieren der Demokratie, denn diese verlangt Verstand und Mitdenken.

Der Sport soll die Menschen wieder zum natürlichen Leben führen. Die Stadt Wien hat für den Sport in den Jahren 1968 bis 1971 für Sportbauten rund 114 Millionen, für Sportförderung 79 Millionen und für andere Maßnahmen zugunsten des Sports 34 Millionen, außerdem noch 193 Millionen für Schwimmbäder, insgesamt also 420 Millionen aufgewendet. 1972 werden die Ansätze für den Sport noch wesentlich höher sein als in den vergangenen Jahren.

Die Behauptung, daß nur 15 Prozent der Gastarbeiter hier bleiben wollen, ist irreführend. Unter den Familien, die hier sind, ist dieser Prozentsatz weitaus höher. Ein demokratischer Gemeinderat sollte jedenfalls die Integration der Gastarbeiter, die wir brauchen, nicht in Frage stellen.

In ihrem Schlußwort hob Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner hervor, daß nicht der Prozentsatz des Kulturbudgets am Gesamtbudget über die kulturelle Leistung einer Gemeinschaft entscheide, sondern die Leistung selbst. Neben der sogenannten Kulturmilliarde werde in Wien aus den Mitteln des Bundes für kulturelle Belange so viel ausgegeben wie kaum in einer anderen Stadt der Welt.

Zum Schulbau: Ein planvolles Konzept sei vorhanden, dies gelte es, in Zukunft zu realisieren. Zum Problem Gastarbeiterkinder: Sie könne aus eigener Erfahrung sagen, daß bei richtigem Engagement der Lehrer die Schwierigkeiten der Sprache beim Unterricht überwunden werden können.

Sie müsse den Vorwurf, die öffentlichen Schulen würden den privaten Schulen vorgezogen, in aller Schärfe zurückweisen. Wien mache hier keinen Unterschied, sei es bei den Stipendien oder bei den Lehrmitteln. Es sei unrichtig, wenn behauptet wurde, Arbeiter-

kinder hätten bereits die gleichen Bildungschancen. Noch immer - das sei statistisch nachzuweisen - hätten viel zu wenig Arbeiterkinder die Möglichkeit, an Hochschulen zu studieren.

Daß nun ein künftiges Altstadterhaltungsgesetz nicht mehr in den Bereich des Kulturamtes allein falle, sei keine Flucht vor der Verantwortung. Für die Suche nach der günstigsten Methode der Konkretisierung habe man einige Zeit gebraucht. Nun sei in Kürze die finanzielle Basis für ein wirkungsvolles Gesetz geschaffen. Es sei nur natürlich, daß die Finanzverwaltung in der letzten Zeit ein gewichtiges Wort mitgesprochen habe.

Zum "Nulltarif" im kulturellen Bereich: bei städtischen Museen sei der "Nulltarif" bereits zum Teil verwirklicht. Zur Hebung des kulturellen Bewußtseins seien aber vor allem neue Impulse und Attraktivitäten notwendig. Der freie Eintritt genüge keinesfalls.

Zum Vorwurf, in den Wiener Volksbildungshäusern seien zu viele Mitglieder der Sozialistischen Partei tätig: Die Volksbildner spiegeln nur die politische Wirklichkeit in dieser Stadt wider, meinte Frau Fröhlich-Sandner.

Sportförderung: Vor zwei Jahren waren dafür 46 Millionen vorgesehen. 1972 werden es 105 Millionen sein. Das bedeutet eine Steigerung des Budgets um 130 Prozent innerhalb von zwei Jahren.

Die Kritik, für den Schisport werde zu wenig getan, könne sie nicht ernst nehmen. Immerhin sei Wien die einzige Stadt der Welt, in deren Einzugsbereich FIS-A-Rennen, Fahrten zum Schnee für Jugendliche und Kinder veranstaltet werden und durch die Erzeugung von künstlichen Schnees der Bevölkerung die Möglichkeit geboten wird, in der Großstadt selbst diesen Sport auszuüben.

Das Kulturbudget wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Die Anträge der FPÖ, (Erhöhung der Mittel für Naturschutz und Denkmal- und Ortsbildpflege), der DFP (Installierung einer Expertenkommission zur Erhaltung des Stadtbildes) wurden abgelehnt.

Die Anträge der ÖVP (Vorschuß für Lehrer für Schikurse, Vergrößerung des Floridsdorfer Hallenbades und Subventionierung der Kunsteisbahnen) wurden einstimmig zugewiesen.



Die Beratungen werden morgen Samstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen (Referent Stadträtin Maria Jacobi (SPÖ) und im Anschluß daran mit der Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen (Referent Stadtrat Dr. Otto Glück, ÖVP) fortgesetzt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

statistisches jahrbuch der stadt wien 1970:

wirtschaftsteil wesentlich erweitert

3 wien, 10.12. (rk) das statistische jahrbuch der stadt wien ueber das jahr 1970 liegt nun in neuer form vor. ausser der erfolgten trennung vom verwaltungsbericht ("die verwaltung der stadt wien 1970" wurde schon im juni fertiggestellt) erfolgten neben einer geaenderten aeusseren aufmachung auch eine inhaltliche neugestaltung, wobei vor allem der wirtschaftsteil wesentlich erweitert wurde. gerade in unserer zeit ist ja der bedarf an informationen ueber den stand und die entwicklung von sozialen und wirtschaftlichen strukturen und prozessen ausserordentlich gross.

auf dem gebiet der bevoelkerungsstatistik faellt auf, dass die zahl der polizeilich gemeldeten auslaender Ende 1970 auf 93.642 anstieg, das bedeutet gegenueber 1966 eine steigerung um 81,8 prozent, die vor allem durch die erhoehrte zahl der gastarbeiter bedingt ist.

auf dem gebiet des wohnungswesens wurden aktuelle daten ueber die bewohnten wohnungen nach dem ausstattungstyp, haushaltstyp und wohnungsaufwand aufgenommen. von den 729.000 bewohnten wiener wohnungen, die im mikrozensus erfasst werden, weisen nur 73.000 wohnungen die hoechste wohnungsqualitaet (wasseranschluss, wc, badezimmer oder duschnische und zentralheizung) auf. der durchschnittliche wohnungsaufwand der 647.000 wohnungen, die gegen entgelt benuetzt werden, betraegt 338 schilling pro wohnung und monat.

eine erhebung ueber den arbeitsplatz- und berufswechsel der unselbstaendig beschaeftigten zeigt, dass im laufe eines jahres 364.700 dienstgeberwechsel zu verzeichnen waren. an der spitze dieser arbeitsplatzwechsel liegen vor allem die gaststaetten- und bauberufe.

in den wirtschaftsteil wurde eine gliederung der betriebsstaetten und beschaeftigten nach wirtschaftsabteilungen und -klassen sowie nach bezirken aufgenommen. auch die daten ueber die wiener industrie konnten mit der aufnahme einer umfangreichen tabelle ueber produktionsmengen wesentlich erweitert werden. es ist

zum beispiel daraus zu ersehen, dass 1970 von der wiener elektroindustrie 303.737 fernsehgeraete produziert wurden, um etwa 50.000 mehr als im vorjahr.

neu hinzugekommen sind auch ergebnisse der wiener bauwirtschaft. 616 unternehmungen des bauhauptgewerbes meldeten fuer 1969 beschaeffigtenstand, verdienste, umsaetze, investitionen und anderes mehr.

im kapitel verkehr wurden zusaetzlich tabellen ueber den strassengueterverkehr aufgenommen, die die verfechtung wiens mit den bundeslaendern, aber auch mit dem ausland erkennen lassen. zusaetzlich konnte auch der werkfernverkehr auf der strasse naeher beleuchtet werden.

neu ist auch eine ausweisung der gueltigen zivilluftfahrtscheine. danach gibt es in wien 480 segelflieger, 33 fallschirmspringer und 626 flugzeug- und hubschrauberpiloten. ebnsou neu ist eine zeitungstatistik.

im kapitel wahlen wurden neben den ergebnissen der nationalratswahl 1970 einschliesslich der wiederholungswahl in drei wahlkreisen auch die bundespraesidentenwahl vom 25. april 1971 und die nationalratswahlen vom 10. oktober 1971 aufgenommen.

das statistische jahrbuch der stadt wien enthaelt auf 362 seiten in 25 systematisch gegliederten abschnitten 318 tabellen. ein ausfuehrliches stichwortverzeichnis am schluss des bandes erleichtert das auffinden des gewuenschten zahlenmaterials.

dieses jahrbuch, herausgegeben vom magistrat der stadt wien, ist zum preis von 120 schilling durch den buchhandel oder ueber den verlag fuer jugend und volk ges.mbh, tiefer graben 7-9, 1010 wien, zu beziehen.

1009

./.

am montag:

preisverteilung ''wien im blumenschmuck 1971''

5 wien, 10.12. (rk) montag findet im festsaal des wiener rathauses die traditionelle preisverteilung der aktion ''wien im blumenschmuck 1971'' statt. an dem heuer im fruehjahr und sommer durchgefuehrten wettbewerb zur verschoenerung der stadt machten 1.580 teilnehmer, davon 47 firmen und drei hausgemeinschaften mit. buergermeister felix s l a v i k wird zusammen mit stadtrat kurt h e l l e r die spitzenpreise der stadt wien verteilen. ein kuenstlerisches programm unter mitwirkung von elfriede o t t , heinz c o n r a d s , prof. erik w e r b a , prof. gustav z e l i b o r , heribert r o n g e und dem orchester franz b i l e k umrahmt die preisverteilung. die conference hat willy k r a l i k .

geehrte redaktion

wir laden sie herzlich ein, zu der preisverteilung bericht-  
erstatter und photoreporter zu entsenden.

bitte merken sie vor:

zeit: montag, 13. dezember, 17 uhr (plaetze bitte bis 16.50  
uhr einnehmen).

ort: festsaal des rathauses, zugang: lichtenfelsgasse 2,  
feststiege 1.

1026

preisguenstige gemuese- und obstsorten

8 wien, 10.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit:  
heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obst-  
sorten besonders preisguenstig:

gemuese: karotten 5 bis 6 schilling, weisskraut 4 schilling  
je kilogramm, glassalat 4 bis 6 schilling je stueck.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 schilling , bananen  
7 schilling, orangen 8 schilling, mandarinen 10 schilling je  
kilogramm.

1033

## amtlicher wohnungstausch-anzeiger

4 wien, 10.12. (rk) die neue nummer des 'amtlichen wohnungstausch-anzeigers' ist soeben erschienen. sie enthaelt auf 20 seiten tauschangebote aus saemtlichen wiener bezirken. in spezialrubriken sind ferner angebote von hauswart**wohnungen** und tauschangebote aus den bundeslaendern enthalten.

zur feststellung der wirksamkeit der im tauschanzeiger veroeffentlichten inserate wurde kuerzlich eine untersuchung bei gemeindewohnungen durchgefuehrt. daraus geht hervor, dass durch den tausch**anzeiger** im jahre 1969 348 gemeindemieter einen wohnungstausch durchfuehren konnten. dazu kommen noch die vielen wohnungstaeusche mit privatwohnungen.

eine einschaltung in die naechste nummer des amtlichen wohnungstausch-anzeigers, der am 27. jaenner 1972 erscheint, kann bis spaetestens 13. jaenner im tauschreferat der gemeinde wien, 1, rathausstrasse 2, 1. stock, zimmer 166, vorgenommen werden.

1015

## bezirksvertretungssitzungen in der kommenden woche

7 wien, 10.12. (rk) in der kommenden woche finden folgende bezirksvertretungssitzungen statt:

montag, 13. dezember: 17 uhr, donaustadt, 22, lorenz kellner-gasse 15, sitzungssaal.

dienstag, 14. dezember: 17.30 uhr, mariahilf, 6, amerling-strasse 11, 1. stock, zimmer 108, sitzungssaal.

mittwoch, 15. dezember:

17 uhr, josefstadt, 8, schlesingerplatz 4, 3. stock.

17.30 uhr, favoriten, 10, keplerplatz 5.

1037

neue verbindung hietzing - meidling:

buengermeister slavik gab stranzenbergbruecke  
fuer verkehr frei

17 wien, 10.12. (rk) buengermeister felix s l a v i k gab freitag vormittag im beisein von tiefbaustadtrat kurt h e l l e r die neue bruecke im zuge der stranzenberggasse ueber die verbindungsbahn fuer den verkehr frei. buengermeister slavik erklarte bei der eroeffnung der stranzenbergbruecke, dass mit dieser neuen verbindung zwischen hietzing und meidling wieder ein wesentlicher schritt fuer die sicherheit des strassenverkehrs getan wurde.

tiefbaustadtrat h e l l e r hob hervor, dass die stranzenbergbruecke in der rekordzeit von 13 monaten mit einem kostenaufwand von 8 millionen schilling errichtet werden konnte. die betonbruecke ist 21 meter breit, die fuenfspurige fahrbahn 15 meter und die beiden gehsteige je drei meter. die laenge betraegt 47,1 meter, die gesamtlaenge mit den beiden auffahrtsrampen von der fasangartengasse und von der hetzendorfer strasse 120 meter. wegen der elektrifizierung der strecke huetteldorf-maxing im heurigen sommer musste das tragwerk ueber dem gleiskoerper in moeglichst kurzer zeit errichtet werden.

teil des uebergeordneten strassennetzes

die stranzenbergbruecke stellt die verbindung zwischen dem strassenzug edelsinnstrasse - fasangartengasse und der kreuzung atzgersdorfer strasse/hetzendorfer strasse her und bildet somit einen bestandteil des uebergeordneten strassennetzes von wien. fuer den nach dem suedwesten wiens orientierten verkehr werden ausserdem die edelsinnstrasse, die graf seilern-gasse, die fasangartengasse und die atzgersdorfer strasse, einschliesslich verschiedener einmuendender strassen, ausgebaut. erst diesen herbst konnte mit dem neubau der graf seilern-gasse und der fasangartengasse begonnen werden: hier gestalteten sich die grundfreimachungen besonders schwierig, auch mussten umfangreiche einbauten installiert werden. der strassenabschnitt edelsinnstrasse - klimt-

gasse kann somit voraussichtlich im fruehjahr 1972 dem verkehr uebergeben werden.

#### unterfuehrung edelsinnstrasse

in engem zusammenhang mit diesem bauvorhaben steht auch die tieflegung der donaulaendebahn unter die altmannsdorfer strasse sowie die unterfuehrung mit der edelsinnstrasse. die stuetzmauern und brueckentragwerke fuer die unterfuehrung edelsinnstrasse sollen 1972 soweit fertiggestellt werden, dass noch im gleichen jahr mit den strassenbauarbeiten in der edelsinnstrasse begonnen werden kann. dieser neue strassenzug wird suedlich der stranzenbergbruecke in der atzgersdorfer strasse fortgesetzt.

zur eroeffnung der stranzenbergbruecke, die trotz kuehlem wetter zahlreiche zuschauer anzog, waren auch die beiden bezirksvorsteher wilhelm h r a d i l und eduard p o p p , sowie leitende magistratsbeamte mit stadtbaudirektor prof. dipl.-ing. dr. rudolf k o l l e r erschienen.

#### abbruch der kernbruecke

am sonntag vormittag wird eine 60 mann starke einheit der pioniertruppen-schule klosterneuburg unter dem kommando von hauptmann leopold b e c k **die provisorisch errichtete Kernbrücke** wieder abbrechen.